

Informationen zur Datenverarbeitung Arbeit und Beratung

Für Ihre Beratung und Betreuung ist es unerlässlich sensible persönliche Informationen über Sie zu erheben und mit diesen zu arbeiten.

Gerne kommen wir unserer Aufgabe nach § 15 des kirchlichen Datenschutzrechts KDG nach, Sie umfassend über die Datenverarbeitung zu informieren.

Sie können uns bei weitergehenden Fragen jederzeit kontaktieren:

[Katrin Leidinger, Carl-Benz-Straße 3, 68723 Schwetzingen](mailto:k.leidinger@caritas-rhein-neckar.de)
k.leidinger@caritas-rhein-neckar.de

Zwecke der Datenverarbeitung

Wir verwenden Ihre Daten jeweils nur im erforderlichen Umfang und ausschließlich zu dem Zweck einer bestmöglichen Beratung und Betreuung.

Wir benötigen Ihre Stammdaten, wie z.B.

- ID-Nr., Name, Vorname, Adresse, Herkunftsadresse und Staatsangehörigkeit, Kontaktdaten (Telefon, Mail), Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht und Konfession sowie ggf. Daten Ihrer rechtlichen Vertreter*innen und ggf. Ihrer Angehörigen, Sorgeberechtigten, Sprachkenntnisse, Schulbildung sowie berufliche Fähigkeiten u.a.

Zusätzlich zu den Stammdaten zählen:

- Wohnungsnummer, Bettensnummer, Kennzahl Unterkunft bei Unterbringung in Wohnheimen oder anderen Einrichtungen
- Aufenthaltstatus, Nationalität, Muttersprache, Nachweise über Integrations- oder Sprachkurse
- Familienstand, Lebensform sowie ggf. Sorgerecht
- bei Kindern und Angehörigen deren Stammdaten s.o. sowie ergänzend hilfe- und beratungsbezogene Daten
- Bankverbindung, Steuermerkmale, ggf. Lohngruppe
- persönliche Daten zum Haushalt, Einkommens- und Ausgabensituation und Vermögen sowie Schulden und Verpflichtungen
- persönliche Daten zu Arbeitsverhältnissen, Ausbildung, Arbeitsbereiche und Qualifikationen sowie anderem beruflichen Kontext (ggf. auch von Familienangehörigen)
- Stand der Schuldner- und Insolvenzberatung
- Kontaktdaten von Gläubiger*innen oder deren Vertretung und Dritten, sofern im Verfahren beteiligt

zum Zweck:

- zur Kontaktaufnahme und Terminorganisation mit unseren Berater*innen und Mitarbeiter*innen
- für Zwecke des Vertragsschlusses und der Vertragsabwicklung
- zur Kommunikation mit z. B. mit Behörden und Gerichten, Vormund, Sorgeberechtigten, Betreuer*innen, Vertreter*innen von Gläubiger*innen u.a.

- zur Einschaltung Dritter, z.B. Psycholog*innen
- zur Kontaktaufnahme und Terminkoordination mit Gesundheitsdienstleistern wie Kliniken, Ärzt*innen, Therapeut*innen, externe Therapien und zur Organisation der Leistungen, Anmeldung bei Vereinen und anderen Freizeitaktivitäten, zum Schutz von Leib und Leben jeweils unter dem Vorbehalt, dass eine zweckbezogene Einwilligung bzw. Schweigepflichtentbindungserklärung vorliegt.
- für die Unterstützung bei Antragstellungen und Eingliederung (KVJS, Stiftungen, Reha, KV, Eingliederungsmaßnahmen, Teilhabe)
- für die Erfüllung von Meldepflichten, sozialrechtlichen Auskunft- und Informationspflichten an die Rentenversicherung oder Krankenkasse
- zur Erfüllung von Meldepflichten gegenüber Meldebehörden (§32 Bundesmeldegesetz)
- zur Unterstützung bei Schuldner- und Insolvenzberatung sowie Abwicklung/Begleitung von Insolvenzverfahren
- zum Zweck der Familienzusammenführung
- zum Zweck der Schwangerschafts- und Erziehungsberatung sowie Familienpflege
- zum Zweck der beruflichen Eingliederung, Unterstützung bei der Arbeitssuche

Zusätzlich werden für die individuelle Leistungserbringung Ihre hilfe- und beratungsbezogenen Daten benötigt, wie z.B. individuelle und fallbezogene Informationen, Übergabeinformationen vorhergehende Betreuungen und Einrichtungen,

- ggf. medizinische Berichte und Berichte des pädagogischen Hilfsdienstes, u.a.
- ggf. Schulform, Zeugnisse, Schulberichte, u.a.
- ggf. medizinische Informationen, Diagnosen, Arztbriefe, Mutterpass u.a. Befunde, Allergien, Gewicht, Größe u.a.
- ggf. Informationen zu Ihrer Mobilität und/oder Einschränkungen in der Mobilität, zum Beispiel Führerscheinklasse oder auch benötigte Hilfsmittel (Rollstuhl, Rollator, Lifter) oder Unterstützungsbedarf (Einstiegshilfen, Begleitperson)
- ggf. Aussagen zur Entwicklung der Kinder (Entwicklungs-Fragebogen) zur Einschätzung des individuellen Hilfebedarfs Ihres Kindes
- für die hilfebezogenen und beratenden bzw. unterstützenden Tätigkeiten durch unsere angestellten Mitarbeiter*innen, Auszubildenden, Student*innen und ggf. Praktikant*innen
- für die Dienst- und Einsatzplanung (zum Beispiel Familienpflegedienst, Haushaltshilfe etc.)
- für die interne Qualitätssicherung und ggf. externe Qualitätssicherung durch Leistungsträger, zum Beispiel KVJS, MDK, LRA u.a.
- statistische Beratungserfassung zur Finanzierung der Beratung, zum Beispiel durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder andere
- ggf. zur Abstimmung der Leistungen im Rahmen der Hilfeplangespräche oder Hilfestellung
- zur Abstimmung der unterstützenden, betreuenden, pflegerischen und medizinischen Maßnahmen zwischen Einrichtung, Vor- sowie Nachbehandlern, sowie Gesundheitsdienstleistern wie Kliniken, Ärzt*innen, Therapeut*innen und Apotheke und zur Organisation der Leistungen

- Bearbeitung und Abwicklung von möglichen Schadensersatzfällen
- ggf. Abrechnungsdaten zur Abrechnung gegenüber den Leistungsträgern, und ggf. Selbstzahler*innen
- für die Rechnungsprüfung und das Controlling, Wirtschaftsprüfung
- für die Geltendmachung von Rechtsansprüchen, Rechtsberatung, Prozessführung
- Sozialdaten, wie Krankenversicherungskarte, behördliche Aktenzeichen u.a.
- Meldung der Erkrankung an bestimmten Krankheiten oder der Trägerschaft bestimmter Erreger an das Gesundheitsamt im Rahmen von gesetzlichen Meldepflichten nach dem Infektionsschutzgesetz (§ 6 ff InfektionsschutzG)

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre Daten ausschließlich, wenn dies gesetzlich erlaubt ist.

Wir dürfen Ihre personenbezogenen Daten nach § 6 KDG sowie Art. 6 Abs. 1a DSGVO und Art. 4 Abs.11 DSGVO verarbeiten, wenn:

- das KDG oder eine Rechtsvorschrift, insbesondere aus dem BTHG, WTPG bzw. den Sozialgesetzbüchern es vorsieht
- Sie zweckbezogen eingewilligt haben
- die Verarbeitung für die Anbahnung, Erfüllung oder Abwicklung unserer Hilfen und der Unterbringung erforderlich ist
- die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist
- die Verarbeitung erforderlich ist, um Leib und Leben der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person zu schützen;
- die Verarbeitung und die Weiterleitung nach § 45 Satz 1, § 75 Nr. 9 und § 88a Aufenthaltsgesetz erforderlich ist sowie in den Förderrichtlinien der MBE entspricht

Ihre sensiblen Daten, wie z. B. Ihre Gesundheitsdaten dürfen wir nach § 11 KDG nur verarbeiten, wenn

- Sie in die Verarbeitung der genannten personenbezogenen Daten für einen oder mehrere festgelegte Zwecke ausdrücklich eingewilligt haben,
- die Verarbeitung ist erforderlich, damit wir aus dem Arbeitsrecht und dem Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes erwachsende Rechte ausüben und unseren diesbezüglichen Pflichten nachkommen können, soweit zulässig
- die Verarbeitung ist zum Schutz von Leib und Leben des Betroffenen oder einer anderen natürlichen Person erforderlich und es besteht aus körperlichen oder rechtlichen Gründen keine Möglichkeit eine Einwilligung einzuholen
- die Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder bei Handlungen der kirchlichen Gerichte im Rahmen ihrer justiziellen Tätigkeit erforderlich ist,
- die Verarbeitung zum Zwecke der Hilfeleistung, für die medizinische Diagnostik, die Versorgung oder Behandlung in unserer Einrichtung und die Verwaltung von Systemen und Diensten im Gesundheits- oder Sozialbereich auf der Grundlage des kirchlichen oder staatlichen Rechts oder aufgrund eines Vertrags mit einem Angehörigen eines Gesundheitsberufs mit strafbewehrter Schweigeverpflichtung erfolgt

Empfänger der personenbezogenen Daten

Ihre Daten können unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Regelungen bzw. bei vorliegenden Einwilligungserklärungen auch an Dritte übermittelt werden.

Als Dritte kommen in Betracht:

- Leistungsträger, wie Landratsamt, Jugendamt, Sozialamt, Arbeitsamt, Jobcenter, weitere Behörden und beteiligte Stellen
- Behörden in Zusammenhang mit Antragstellungen und Verwaltungsverfahren
- gesetzliche Betreuer*innen, Vormundschaft
- externe Supervisoren
- Gesetzliche und private Krankenkassen
- Hausärzt*innen, Ärzt*innen in Krankenhäusern und Kliniken, Psycholog*innen
- Mitarbeitende von Schulen, Arbeitgeber, Kindertageseinrichtungen, Wohneinrichtungen soweit erforderlich oder aufgrund einer Einwilligung
- Dolmetscher*innen
- Behörden bei Unterstützung von Antragsstellungen mit Einwilligung
- Gerichte und Behörden, in Form von persönlicher Begleitung oder im Rahmen einer Vollmacht (zum Beispiel Insolvenzverfahren)
- Auftragsverarbeitung, derer wir uns als Mitwirkende bedienen (z. B. Softwarehersteller, IT-Dienstleister)
- Seelsorger*innen, sofern Sie eingewilligt haben

Kriterien der Speicherdauer

Ihre Daten werden nur solange gespeichert, wie im datenschutzrechtlichen Sinne erforderlich. Dabei beachten wir die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen von z. B. 10 Jahren für Buchhaltungsunterlagen und Leistungs- und Betreuungsdokumentation. Besteht keine Aufbewahrungspflicht, löschen bzw. vernichten wir Ihre personenbezogenen Daten zeitnah im Rahmen unserer organisatorischen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung Ihrer individuellen Interessen, z. B. Aufarbeitung der persönlichen Biographie zu einem späteren Zeitpunkt, grundsätzlich aber sobald feststeht, dass kein Verarbeitungszweck mehr besteht. Entsprechende organisatorische Maßnahmen sind getroffen.

Eine Datensicherung zur Wahrung der berechtigten Interessen der Beratungsstelle findet für 5 Jahre statt.

Im Fall der Schuldner- und Insolvenzberatung sowie Migrationsberatung (MBE) werden Ihre Unterlagen 10 Jahre nach Ende oder Abbruch der Beratung gelöscht / vernichtet sofern sie nicht o.g. gesetzlichen Aufbewahrungsfristen unterliegen.

Im Falle des Integrationsmanagements werden ihre Daten nach der Erhebung für bis zu 2 Jahren nach Beendigung des Vorgangs, mindestens jedoch bis zum 31.12.2025 gespeichert.

Erhebung der Daten

Die entsprechenden Daten erheben wir soweit möglich bei Ihnen selbst. Ausschließlich, wenn Sie vorab eingewilligt haben, erhalten wir Daten aber auch direkt von Ihren behandelnden Ärzt*innen und Therapeut*innen oder von Krankenhäusern, anderen involvierten Einrichtungen, sowie beteiligten Dritten. Diese Daten werden bei uns im Sinne einer einheitlichen Dokumentation mit Ihren übrigen Daten zusammengeführt.

Hinweis auf die berufliche Schweigepflicht

Ihre Daten werden von Fachpersonal oder unter dessen Verantwortung verarbeitet. Die mit der Datenverarbeitung befassten Mitarbeit*innen unterliegen - vergleichbar zu einem Arzt - entweder bereits kraft Gesetz oder kraft einer Verpflichtung durch den Arbeitgeber einer beruflichen Schweigepflicht, die dem des Arztes vergleichbar ist. Wird diese Schweigepflicht verletzt, zieht dies eine Strafbarkeit nach § 203 Strafgesetzbuch nach sich.

Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung u.a.

Ihnen stehen sog. Betroffenenrechte zu, d.h. Rechte, die Sie als im Einzelfall betroffene Person ausüben können. Diese Rechte können Sie gegenüber der Beratungsstelle, der Einrichtungsleitung oder gegenüber der öffentlichen Stelle geltend machen. Sie ergeben sich aus dem Datenschutzrecht

- **Recht auf Auskunft:** Sie haben das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden gespeicherten personenbezogenen Daten. (vgl. Art.15 DSGVO, §17 KDG)
- **Recht auf Berichtigung:** Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden. (vgl. Art.16 DSGVO, §18 KDG)
- **Recht auf Löschung:** Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Löschründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese zu dem Zweck, zu dem sie ursprünglich erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind. (vgl. Art. 17, 18, 21 DSGVO, §19 KDG)
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:** Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten. Dies bedeutet, dass Ihre Daten zwar nicht gelöscht, aber gekennzeichnet werden, um ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung einzuschränken. (vgl. Art. 17, 18, 21 DSGVO, §20 KDG)
- **Recht auf Widerspruch gegen unzumutbare Datenverarbeitung:** Sie haben grundsätzlich ein allgemeines Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen. (vgl. Art. 17, 18, 21 DSGVO, § 23 KDG)
- **Recht auf Datenübertragbarkeit:** Sie können verlangen, eine Kopie der Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen und maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten. (vgl. Art. 20 DSGVO, § 22 KDG)
- **Widerrufsrecht bei Einwilligungen:** Ist Rechtsgrundlage einer Datenverarbeitung eine Einwilligung des Betroffenen, so hat dieser ein jederzeitiges Widerrufsrecht mit Wirkung für die Zukunft. (vgl. Art. 21 DSGVO, § 23 KDG)

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde wegen Datenschutzverstößen

Selbstverständlich haben Sie auch das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig ist, kann diese formlos erfolgen.

Folgen der Verweigerung der Bereitstellung personenbezogener Daten

Wir weisen Sie weiterhin darauf hin, dass das Zurverfügungstellen personenbezogener Daten Ihrerseits teilweise gesetzlich vorgeschrieben sein kann (z.B. aus sozialrechtlichen oder steuerrechtlichen Gründen) und sich aus vertraglichen Regelungen ergeben kann. Liegen uns erforderliche Informationen nicht vor, kann dies den Erfolg der Hilfen beeinträchtigen und es können Gefährdungssituationen entstehen.



Datenschutzbeauftragter der Einrichtung

Wir haben einen Datenschutzbeauftragten bestellt. Seine Kontaktdaten lauten wie folgt:
Herr RA Jörg Leuchtner, Freiburger Datenschutzgesellschaft mbH, Luisenstr. 5, 79098
Freiburg

Tel.: + 49 (0) 761 – 21716550

E-Mail: info@freiburger-datenschutzgesellschaft.de

Sie können sich gerne bei Fragen und Anregungen zum Datenschutz direkt an uns oder unseren Datenschutzbeauftragten wenden.

Mit Ihrer Erklärung über Einwilligungen zur Datenverarbeitung und Entbindung von der Schweigepflicht, in der Regel anlässlich des ersten Termins, haben Sie erklärt, dieses Informationsblatt erhalten zu haben.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.